

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. M. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Fab,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis  
für ganz Deutschland  
128. Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnement  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den 1. und  
15. des Monats und auf den  
1. des Monats besonders an-  
genommen; im Agr. Sachl.  
u. Drzghl. Sachl. Allenbu.  
auch auf den 1. des Monats  
Quartals à 54 Pf.

## Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergünstigungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 13.

Mittwoch, 3. Februar.

1875.

### Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Februar zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeitersstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarstorf, Reuditz, Neuschönefeld u. bei Frau Friedrich, Anger Nr. 5, für Connewitz u. bei Teubert, Vornaische Str. 19, für Kleinzschocher und Umgegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst, für Thonberg u. Neureuditz bei Zeitungspediteur Bzhan, Neureuditz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei D. Peukert, Hauptstr. 19, für Stötteritz bei Fr. Vogelnitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Mariannenstraße 4, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; J. Chmann, Grünthalerstr. 34.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

### Gewerbliche Hilfskassen.

Offiziell wird geschrieben:

Der Reichskanzler hat dem Bundesrath den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Titel VIII. der Gewerbeordnung und eines Gesetzes über die gegenseitigen Hilfskassen vorgelegt. Die Entwürfe sind bestimmt, den in § 141 der Gewerbeordnung beruhenden, die gewerblichen Hilfskassen betreffenden Vorbehalt zu erledigen. Die auf diesen Gegenstand gerichteten Vorarbeiten haben bereits im Laufe des vorigen Sommers zur Aufstellung von zwei Gesetzentwürfen geführt, welche den Bundesregierungen unter Erläuterung der zu Grunde liegenden Anschauungen mitgetheilt wurden. Die darauf eingegangenen Aeußerungen gaben die Anregung zu weiteren Erwägungen über eine große Anzahl der einzelnen Bestimmungen der Entwürfe. Auf dem Ergebnis beruhen die gegenwärtigen Vorlagen. Den Entwürfen sind keine Motive beigelegt. Abgesehen davon, daß Tragweite und Zweck der einzelnen Bestimmungen der Hauptsache nach den Regierungen aus den bisherigen Verhandlungen bekannt geworden sind, liegt es auch nicht in der Absicht, schon jetzt eine Beschlußfassung des Bundesrathes über den Inhalt der Vorlagen herbeizuführen. Der Wunsch des Reichskanzleramtes geht vielmehr dahin, den zweiten Entwurf über die gegenseitigen Hilfskassen zunächst weiterer Kritik und zwar auf einem Wege zu unterstellen, zu welchem es die Zustimmung des Bundesrathes einholen zu sollen glaubt. Der fragliche Entwurf enthält eine Reihe von Bestimmungen, für deren endgiltige Feststellung die dem Reichskanzleramt zugänglichen Materialien eine genügende Unterlage nicht gewähren, da für ihre Beurtheilung die in der Verwaltung und Beaufsichtigung der Hilfskassen unmittelbar gewonnenen praktischen Erfahrungen von überwiegender Bedeutung sind. Zu diesen Bestimmungen sind vor Allem zu rechnen: die Vorschriften über Eintrittsgelder, über Karenten, über die Höhe der Unterstüßungen, über die Pflicht zu einer Rückgewähr, über die Schließung der Kassen, endlich über Form und Umfang ihrer Rechenschaftslegung. Um das Material für eine sichere Beurtheilung der angeordneten Verhältnisse zu gewinnen, erscheint es dem Reichskanzleramt rathsam, nicht nur den Entwurf zu veröffentlichen und auf diesem Wege der Kritik der zunächst betheiligten Kreise zu unterstellen, sondern gleichzeitig auch das Urtheil einzelner, mit dem Hilfskassenwesen praktisch vertrauter Männer darüber einzuziehen. Auf Grund der so vervollständigten Unterlagen würde das Reichskanzleramt die Entwürfe festzustellen, mit Motiven zu versehen und zur Beschlußnahme in der Sache selbst dem Bundesrath zu unterbreiten haben. Der Bundesrath ist aufgefordert worden, sich mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden zu erklären. — Der erste Gesetzentwurf wegen Abänderung des Art. 8 der Gewerbeordnung zerfällt in 2 Artikel. Art. 1 läßt an Stelle des § 141 der Gewerbeordnung neue §§ 141 bis 141d treten, welche die Zulassung gewerblicher Hilfskassen durch Ortsstatut, die Pflicht der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter in die Kassen einzutreten, die Pflicht der Arbeitgeber, ihre Arbeiter zum Eintritt anzuhalten, zu unterstützen und anzumelden, die Anordnung der Hilfskassen für größere Bezirke durch die höheren Verwaltungsbehörden, die Ausdehnung der Bestimmungen auf Vergewerkgruben u. Arbeiter und Arbeitgeber, dagegen nicht auf die Hüttenwerksarbeiter, endlich Gleichachtung der bestehenden Hilfskassen mit den durch das neue Gesetz zu bildenden, betreffen. Der Gesetzentwurf über die gewerblichen Hilfskassen umfaßt 36 Paragraphen, er stellt die Bedingungen fest, unter denen die Unterstüßungskassen die Rechte einer gewerblichen Hilfskasse erhalten, er schreibt Grundlage und Umfang der Kassenstatuten vor, präzisirt die Rechte und Pflichten der Mitglieder, die Leitung der Kassen durch Vorstände, die Ueberwachung der Verwaltung, Schließung und Auflösung der Kassen u. s. w. Verfassung und Rechte der bestehenden auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen will der Entwurf nicht berühren. Auch für die Knappschaftsvereine verbleibt es bei den besonderen Bestimmungen.

Dies die offiziöse Mittheilung. Dieselbe ist leider so unbestimmt gehalten, daß ein bestimmtes Urtheil sich unmöglich bilden läßt. Vor Allem ersehen wir nicht, wie es um die Verwaltung der Kassen stehen soll. Daß jeder Arbeiter verpflichtet werde, in

eine Kasse einzutreten — gut. Aber den Arbeitern muß auch die Verwaltung ihrer Kassen überlassen, und jeder fremde Einfluß ferngehalten werden, ob derselbe durch Einzahlungen, die ja doch schließlich vom Geld der Arbeiter erfolgen, erlangt wird oder nicht. Von der Schädlichkeit dieses Einflusses wissen vor Allem die Vergarbeiter ein Liedchen zu singen. Hier liegt der entscheidende Punkt. Jedes Gesetz, das den Arbeitern nicht das ausschließliche Recht der Verwaltung ihrer Kassen einräumt, ist ein schlechtes Gesetz, denn jede Arbeiterklasse, deren Verwaltung sich in den Händen oder unter dem Einfluß der Arbeitgeber befindet, wird dadurch eo ipso aus einer Hilfs-, aus einer Unterstüßungskasse in eine Unterdrückungskasse verwandelt; sie wird, wie das namentlich die Vergarbeiter mit ihren Knappschaftskassen erfahren haben, zu einem Strick, welchen das Kapital den Arbeitern um den Hals wirft, sobald sie sich nicht demüthig ducken.

### Die Moskische „Petition“.

Der Bericht der „Commission für Petitionen“ (Berichterstatter Reichstagsabgeordneter Jenner) ist soeben erschienen, und lautet: Der Reichstagsabgeordnete für den 16. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, Johann Rost aus Mainz, welcher gegenwärtig eine ihm vom Königl. Preussischen Stadtgericht bezw. dem Kammergericht zu Berlin wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung und wegen Beleidigung auf Grund der §§ 130 und 185 des Reichsstrafgesetzbuchs zuerkannte Gefängnißstrafe von einem Jahr und sieben Monaten in dem Gefängniß am Plögensee bei Berlin verbüßt, hat sich in einer Petition an den Reichstag gewendet und gebeten:

- I. auf das Zustandekommen eines Gesetzes, durch welches die Behandlung politischer Gefangener in zeitgemäßer Weise geregelt werde, baldmöglichst hinzuwirken;
- II. den Reichskanzler aufzufordern, die Preussische Regierung zu veranlassen, die geeigneten Schritte zu thun, daß Petent im Strafgefängniß am Plögensee, wo er gegenwärtig politischer Vergehen halber internirt sei, eine solche Behandlung erleide, wie sie politischen Gefangenen gebühre, nämlich, daß er nicht, wie bisher geschehen, zu Zwangsarbeit angehalten, zum Genuss der Gefängnißkost genöthigt und in der freien Wahl seiner Lectüre beeinträchtigt werde, vielmehr das Recht der Selbstbeschäftigung und der literarischen Beschäftigung zugesprochen bekomme.

Zur Begründung führt er im Wesentlichen Folgendes an:

Zu 1. Die Vollstreckung der Gefängnißstrafe gehe in Deutschland zur Zeit in einer geradezu anarchischen Weise von Statten; so werde z. B. das Recht der Selbstbeschäftigung bald Jedem zugesprochen, bald nur sogenannten distinguirten Personen, bald nur solchen, die sich leicht vergangen hätten, bald gar Keinem; die Zwangsarbeit sodann sei in einem Gefängniß obligatorisch, in einem anderen nur in beschränktem Maße und in einem dritten gar nicht eingeführt; und so gleiche die Gefängnißstrafe an einem Ort der Festungshaft, am anderen der Zuchthausstrafe. Solche Zustände seien unhaltbar und ein Strafvolksgesetz ein dringendes Bedürfnis; hierbei aber sei es notwendig, hinsichtlich der Behandlung solcher Personen, die wegen politischer Vergehen zu Freiheitsstrafen verurtheilt seien, spezielle Bestimmungen zu treffen. Vielleicht empfehle es sich auch, das Strafgesetzbuch entsprechend zu ändern.

Allein auf die demnächstige gesetzliche Regelung könnten die dormalen wegen politischer Vergehen zu Gefängnißstrafe Verurtheilten nicht warten, vielmehr sei zu wünschen, daß möglichst schnell durch eine Art Nothgesetz den größten Nothständen abgeholfen werde. Daß ein solches Gesetz Bedürfnis sei, ergebe sich aus der in den verschiedenen Staaten verschiedenen Behandlung sozialdemokratischer Sträflinge, welche in Sachsen ziemlich human, in Bayern und Hessen und namentlich in Preußen mit besonderer Härte behandelt würden.

Zu 2. Nachdem das gegen ihn ergangene Strafurtheil die Rechtskraft beschränkt, habe er beim Preussischen Justizministerium den Antrag gestellt, es möge ihm gestattet werden, seine Strafe in der Berliner Stadtvoigtei, wo er seit einem halben Jahre in Untersuchungshaft gesessen, zu verbüßen, weil in der Strafanstalt am Plögensee der Selbstbeschäftigung und Aehnlichem, was ein politischer Gefangener zu beanspruchen berechtigt sei, Hindernisse im Wege ständen. Das Justizministerium habe aber das Gesuch an das Kammergericht, dieses dasselbe an das Stadtgericht abzugeben, welches letztere sich dahin ausgesprochen habe, daß kein Grund vorliege, mit ihm, Rost, eine Ausnahme zu machen.

Inzwischen sei er gemeinsam mit sieben Spitzbuben in einen Wagon gepackt und nach der Strafanstalt am Plögensee übergeführt worden.

Dort habe er alsbald beantragt, daß ihm, da er politischer Gefangener sei, erlaubt werden möge, sich selbst zu beschäftigen und literarisch zu beschäftigen. Daran sei ihm jedoch Seitens der Direktion bemerkt worden: „er sei kein politischer Gefangener, solche gäbe es überhaupt gar nicht; Leute seines Schlages seien eigentlich weit gefährlicher als Diebe; er müsse die Zude anziehen, die Handloste essen und das läbliche Arbeitspensum liefern, und zwar werde man ihn, da er Buchbinder sei, der Cartonage-Abtheilung zuweisen.“ Auf seine Gegenvorstellung sei zwar die Entscheidung auf 24 Stunden ausgesetzt, nach deren Verlauf ihm jedoch eröffnet worden: daß ihm das Tragen der eigenen Kleider gestattet sei (seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter halber), daß es aber hinsichtlich des Genusses der Gefängnißkost und der

zwangswise Besäftigung sein Bewenden habe. In Bezug auf letztere solle er indeß entbunden sein, mehr als das Pensum zu liefern, vielmehr sei ihm erlaubt, nach Ableistung des aufgegebenen Arbeitsquantums sich geistig zu beschäftigen.

Gegen diese Anordnungen sei er bei der Gefängniß-Kommission vorstellig geworden, allein ohne Erfolg, da dieselbe ungefähr folgendermaßen entschieden habe:

„Nach der Hausordnung der Anstalt kann die Direktion zwar solchen Gefangenen, die sich im Besitz ihrer Ehrenrechte befinden, was bei Ihnen der Fall ist, die Selbstbeschäftigung gestatten; sie hat sich aber im Hinblick auf die Art Ihres Vergehens und Ihre Vorstrafen nicht veranlaßt gesehen, dies zu thun. Mit der Verweigerung der Selbstbeschäftigung fällt aber das Recht auf Beschäftigung nach Belieben von selbst, weil nach der Hausordnung nur denjenigen dieses Recht zugesprochen werden kann, die sich selbst beschäftigen dürfen. Auch findet die Kommission, daß die Ihnen zugewiesene Beschäftigung eine ganz angemessene ist. Sie sind eigentlich Buchbinder und waren nur als Autodidakt publizistisch thätig und zwar in einer Weise, die Sie fortwährend mit dem Strafgesetz in Konflikt brachte. Es kann somit nur gut sein, wenn Sie durch die Ihnen jetzt auferlegten Arbeiten zu Ihrem ursprünglichen Beruf zurückgeführt werden.“

Bezüglich einer von ihm gleichzeitig erhobenen Beschwerde wegen Borenthaltung einiger ihm zugesandten Zeitschriften habe die Gefängniß-Kommission dahin entschieden:

Die an Sie eingesandten Zeitschriften sind meist sozialdemokratischer Natur und können Ihnen schon deshalb nicht verabsolgt werden, weil dieselben geeignet wären, Sie in Ihren Anschauungen aufs Neue zu bestärken. Da Sie aber behaupten, ein dringendes Bedürfnis zu haben, mit der Tagesgeschichte sich vertraut zu halten, so wird Ihnen die Wahl gelassen zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen“, „National“ und „Moskischen Zeitung“.

Er habe nunmehr ein Gesuch beim Preussischen Justizminister eingereicht um Abänderung der getroffenen Bestimmungen; dieser aber habe das Gesuch wiederum an das Kammergericht, letzteres weiter an das Stadtgericht zur Begutachtung überwiesen; die 7. Deputation des Stadtgerichts aber, dieselbe, welche die Strafe gegen ihn erkannt, habe beschlossen, sein Gesuch nicht zu befürworten.

Es bleibe ihm nunmehr nichts übrig, als den Reichstag anzurufen.

Was nun zunächst die Selbstbeschäftigung betreffe, so könne er — ein ziemlich genügsamer Mensch — allensfalls auf solche Verzicht, nachdem ihm seiner Körperschwäche wegen vom Anstaltsarzt einige Nahrungsmittel als Zugabe zur Gefängnißkost verschrieben seien; ohnehin sei aus dem benachbarten Dorfwirthshaus, der einzigen Bezugsquelle für Selbstbeschäftigung in der Anstalt am Plögensee, doch nichts Ordentliches zu erhalten. Allein er habe auch auf diejenigen Rücksicht zu nehmen, die nach ihm wegen politischer Vergehen inhaftirt würden; namentlich aber deshalb müsse er das Selbstbeschäftigungsrecht verlangen, weil mit diesem Recht alle sonstigen Begünstigungen, insbesondere der Erlaß der Zwangsarbeit, wegfiele. Petent führt aus, daß, so ehrenvoll die freiwillige Arbeit, so entehrend die Zwangsarbeit sei, und es gewiß ungerechtfertigt sei, dieselbe politischen Gefangenen gegenüber nicht als Straf- sondern als Besserungsmittel zu verwenden; auch schreibe ja das Strafgesetzbuch nur vor, daß die mit Gefängniß bestraften beschäftigt werden können, nicht, daß sie beschäftigt werden müssen. Der Hinweis auf den Umstand, daß er einst Buchbinder gewesen, könne nicht durchschlagend, da er seit etwa sechs Jahren publizistisch thätig sei. Ob er sich seine Vorbildung auf Bildungsanstalten oder auf autodidaktischem Weg erworben, sei lediglich seine Sache. So oft er vor Gericht gestanden, sei von den öffentlichen Anklägern und auch von den Richtern seine Bildung als erschwerendes Moment hervorgehoben worden; es sei ein Widerspruch, daß man ihn nun, wenn es sich um Strafverbüßung handle, zum einfachen Buchbindergehilfen degradirte. Endlich sei er auch in der Wahl seiner Lectüre zu Unrecht beschränkt. Als Mitglied eines gesetzgebenden Körpers habe er z. B. das lebhafte Interesse, verschiedene Zeitungsstimmen über Gesetzentwürfe u. dergl. zu vernehmen; die Anstaltsdirektion erlaube aber nur ein einziges Blatt. Seit Jahren treibe er Sozialökonomie und solle daher Alles, was auf diesem Gebiet, gleichviel ob von Sozialisten oder Mandatsträgern veröffentlicht werde, zur Kenntniß nehmen; dem stelle sich aber die Anstaltszensur entgegen.

Petent glaubt hiernach hoffen zu dürfen, daß der Reichstag schnell den Reichskanzler zur Anordnung der geeigneten Maßregeln auffordern werde.

Den Verhandlungen, welche in der Petitionskommission in den beiden Sitzungen vom 12. und vom 14. Januar 1875 über diese Petition stattfanden, wohnten die Herren Abgeordneten Dr. Laßter und Windthorst, welche die Petition, ohne jeden Ausdruck derselben sich anzueignen, überreicht hatten, sowie als Kommissar des Reichskanzleramtes der Kaiserliche Regierungsrath, Herr Aschenborn bei.

Letzterer beantwortete zunächst (zu I der Petition) eine an ihn gerichtete Anfrage dahin, daß über den etwaigen Erlaß eines Strafvolksgesetzes bezw. über die reichsgesetzliche Regelung der Behandlung sogenannter politischer Gefangener seitens der Reichsregierung eine Entscheidung bisher nicht getroffen sei.

Was sodann (zu II. der Petition) die Beschwerden des Pe-

tenten über die ihm persönlich widerfahrende Behandlung betreffe, so sei mit dieser das Reichskanzler-Amt gleichfalls noch nicht befasst gewesen. Eine Verletzung reichsgesetzlicher Bestimmungen liege nicht vor und werde von dem Beschwerdeführer auch nicht behauptet. Das Reichskanzler-Amt habe indessen dem Kgl. Preussischen Herrn Justizminister von dem Eingange der Petition Kenntnis gegeben und von diesem mehrere auf die Angelegenheit bezügliche Schriftstücke mitgeteilt erhalten. Auf Grund derselben sei in thätiglicher Beziehung zu bemerken:

„Herr Rost hat eine neunzehnmönatliche Gefängnisstrafe, zu welcher er wegen öffentlicher Beleidigung und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung rechtskräftig verurteilt war, am 18. September v. J. in der Stadtvoigtei hieselbst angetreten. Am 13. Oktober v. J. wurde er, wie bei den zu längeren Freiheitsstrafen Verurteilten üblich, in das Strafgefängnis bei Berlin — am Plögensee — übergeführt und dort alsbald nach der Ankunft dem Ober-Inspektor vorgeführt, um einer Beschäftigung und Abtheilung im Gefängnis zugewiesen zu werden. Er verlangte hierbei, ihm

1. unter gänzlicher Entbindung von mechanischen Beschäftigungen die ungehinderte Fortsetzung seiner gewohnten literarischen und publizistischen Thätigkeit,
2. innerhalb der zulässigen Grenzen Selbstbeschäftigung,
3. unbeschränkt die Lektüre der seine politische v. h. die sozialdemokratische Richtung vertretenden Zeitungen und Zeitschriften,
4. das Tragen seiner eigenen Kleider und
5. Einzelhaft

zu bewilligen. Während dieser Verhandlungen kam der Direktor der Anstalt zufällig hinzu. Ihm gegenüber begründete der Petent seine Ansprüche damit, daß er zu Unrecht verurteilt, sowie daß er ein politischer Gefangener und als solcher zur Selbstbeschäftigung und freien Wahl seiner Beschäftigung berechtigt sei. Auf das Unzutreffende dieser Unterstellungen hingewiesen, bemerkte er im Laufe des weiteren Gesprächs,

es treffe ihn also hier die gleiche Strafe, wie einen Dieb und sonstigen schlechten Kerl, worauf der Direktor erwiderte:

„Ich kenne nur eine Gefängnisstrafe, übrigens ist Ihre Handlungsweise unter Umständen gefährlicher für die Interessen der Gesellschaft als die That eines Diebes oder Körperverletzers.“

Den oben zuletzt erwähnten Wünschen des Petenten — Tragen eigener Kleider und Einzelhaft — wurde demnach vom Direktor entsprochen, die übrigen aber ablehnend beschieden. In gleicher Weise entschied auch die im Beschwerdewege angerufene Aufsichtskommission für das Strafgefängnis bei Berlin am 17. Oktober v. J. dahin:

- zu 1. daß die Beschäftigung des Beschwerdeführers mit einer dem ursprünglich von ihm selbst erwählten Lebensberufe entsprechenden Arbeit nicht gemüßbilligt und eine Abweichung von der Regel des § 37 der Dienst- und Hausordnung sogar in seinem eigenen Interesse nicht gestattet werden könne, weil nach dem Gutachten des Anstaltsarztes eine leichte mechanische Beschäftigung seinem leiblichen und geistigen Wohlbefinden ungleich förderlicher sein werde, als eine ausschließlich wissenschaftliche und publizistische Thätigkeit;
- zu 2. daß auch der Antrag, ihm auf Grund des § 29 der Dienst- und Hausordnung die Vergünstigung zu gewähren, sich aus der Anstaltsküche eine für ihn besonders zubereitete bessere Kost beziehen zu dürfen, — abgesehen davon, daß es der Küche an Vorrichtungen zur Bereitung besserer Kost fehle, — schon deshalb für unzulässig erachtet werden müsse, weil nach dem Gutachten des Anstaltsarztes die nach der Beschäftigungsordnung zulässige leichtere „Mittelkost“ der Konstitution und dem Ernährungsbedürfnisse des Antragstellers vollständig entspreche;
- zu 3. daß es endlich mit dem Straf- und Besserungszweck der wider ihn erkannten neunzehnmönatlichen Gefängnisstrafe völlig unvereinbar sein würde, ihm während der Strafhaft die Lektüre gerade derjenigen Zeitungen und Zeitschriften zugänglich zu machen, deren politische Richtung ihn schon wiederholt in Konflikt mit dem Strafgesetze gebracht habe, daß ihm jedoch, um auch in dieser Beziehung seinem Bedürfnisse möglichst Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen, die unbeschränkte Benutzung der Anstalts-Bibliothek und die Wahl zwischen der „Norddeutschen Allgemeinen“, der „National“ und der „Bosnischen Zeitung“ freigestellt werde. (Schluß folgt.)

## Politische Uebersicht.

— Ein musterhafter Finanzminister. Während der letzten Dankgesandtheitsrede im Reichstag sagt Herr Camphausen:

„Es ist ein Verthum, wenn man glaubt, eine Erhöhung des Notencontingentes würde über die Schwierigkeiten der heutigen Handelsverhältnisse hinweghelfen. Dagegen giebt es nur ein gesundes Rettungsmittel, nämlich, daß Deutschland wohlfeiler produziren lernt, daß man sparsamer, fleißiger, wirtschaftlicher wird. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu gehört vor Allem eine andere Regulirung der Arbeitslöhne, man wird die Anforderungen an die Arbeiter steigern, aber die Löhne nicht erhöhen, sondern theilweise herabsetzen müssen (!!)“

Also mehr Arbeit, längere Arbeitszeit und weniger Lohn. Herr Camphausen hat wohl an den 6 1/2 Millionen erwachsenen und selbstständigen Proletariern nicht genug, die er neulich im preussischen Abgeordnetenhaus aufmarschiren ließ?

— Beamtenwillkür. Der „Germania“ wird vom Rhein geschrieben:

„X., den 30. Dezember 1874.  
Die Abonnentenzahl der Xer Zeitung und Kreisblattes betrug in der Gemeinde N. im 4. Quartal 1873 40 Stück, im 4. Quartal 1874 nur 10 Stück, während in derselben Gemeinde die erste seit dem 1. Januar c. hier erscheinende staatsfeindliche ... Zeitung im 4. Quartal 204 Abonnenten zählt. Ueber diese Erscheinung, wie es möglich war, daß das letzte Blatt das erste hat fast verdrängen können, veranlasse ich Sie, mir bis zum 10. Januar eingehend zu berichten. Insbesondere ist dabei Ihr Verhalten, sowie das der sonstigen Gemeindebeamten, auch der Polizeidiener und Lehrer, zu dem Gegenstande zu berühren. Gleichzeitige ist mir eine namentliche Nachweisung aller Schankwirtschaftsbesitzer, ganz gleich, ob für Bier, Wein oder Branntwein, einzureichen, aus welcher bei genauer Angabe der Wohnung hervorgeht, was für welche Woten die Coportage der ... Zeitung besorgen, ob

sich etwa hieran Gemeindeboten, Polizeidiener etc. etc. oder sonst Persönlichkeiten, die zu Amtszwecken vermandt werden, betheiligen. Das Landrathsam.

An den Bürgermeister N. in Z.“

Ob der Bürgermeister den Landrath auf die Unziemlichkeit seines Erlasses hingewiesen hat, davon sagt die „Germania“ nichts. Wundern sollte es uns nicht, wenn der Bürgermeister allergehorsamst zu Kreuze geschrien ist. Und wundern sollte es uns ferner nicht, wenn das Landrathsam X. nach allgemeinen Instruktionen gehandelt hätte.

— Aus dem Rationalzuchthaus. Wie „anständig“ man politische Gefangene in Deutschland behandelt, dafür liefert nachstehende Zeitungsnote einen charakteristischen Beleg. Der Landtagsabgeordnete Parrer Wahr aus Ebermannstadt in Baiern, reichte ein Gesuch ein, seine achtmönatliche Gefängnisstrafe in der Badstraße in München verbüßen zu dürfen. Dasselbe ist jedoch erfolglos geblieben und ist er für das Zellengefängnis zu Nürnberg bestimmt. Dort bekommt er Zuchtlingskleidung (!) mit Kappe, Larve, Nummer, Strohsack und Gefängnis, und wird einem Handwerke (!) zugetheilt! Das geht ja noch über Plögensee.

— Gottseidank! Tessenorf lebt noch. In der „Volkszeitung“ vom 27. d. lesen wir: „Der Staatsanwalt Tessenorf hat gegen den Redakteur der „Germania“, Paul Kosiolek, Anklage in 17 Fällen erhoben.“ Hoffentlich wird man nach dieser staatsretterischen Eiferprobe ein menschlich Rühren empfinden und unser unbezahlbares Ehrenmitglied auf seinem Posten belassen.

— Wie die Bourgeoisie mit Menschenleben spielt, zeigt nachstehende Correspondenz des „Neuen Sozialdemokrat“: Hamburg, 11. Jan. Es stand vom 11. bis 15. Dezember v. J. an der Elbe des Westinhabers Herrn Wiegand, kleiner O. S. Brook, die deutsche Brigg „Donna Estanislade“, um nachgesehen und wieder fertigmacht gemacht zu werden. Es hat dies aber nicht in dem Maße stattgefunden, wie es bei dem Schiffe höchst notwendig war. Da oben genannter Westinhaber auch zugleich Arbeitgeber ist, so gab er den Befehl, kein Berg aus den Rätzen herauszunehmen, obgleich er keine direkte Verfügung über genanntes Schiff hatte, noch über diejenigen Menschenleben, welche damit zur See gehen sollten. Nun kann aber nachgewiesen werden, daß das Berg schon zum größten Theile zu einer weichen Masse zerseht war, also für das Schiff nicht mehr die nötige Festigkeit besaß, und von Berg-Herausnehmen schon gar nicht mehr die Rede sein konnte. Aus oben Angeführtem kommt aber jeder Sachverständiger zu dem Schluß, daß diese weiche Masse, oder besser gesagt Schmutz, erst entfernt werden muß, um neues Berg ordentlich in die Rätze hinein zu bringen. Durch den Befehl des Arbeitgebers fand sich aber mancher Arbeiter veranlaßt, Alles so zu belassen, wie es war, weil es auch nicht möglich war, Alles ordentlich zu machen. Diejenigen freilich, welchen das Leben ihrer Nebenmenschen höher steht, als das Privatinteresse eines Arbeitgebers, haben den Befehl nicht befolgt und Alles gewissenhaft behandelt; diese bekamen freilich keinen Lohnertrag, sondern so schnell wie möglich ihre Entlassung! Es treten folgende Umstände noch hinzu: es ist der alte Zirkel herabgenommen, aber kein neuer wieder herangezogen, und zum Andern soll der genannte Westinhaber die Arbeit in Afford übernommen gehabt haben. Es wird nicht verfehlt werden, ähnliche Fälle zu veröffentlichen.

J. S. Brandt, Schiffbauertageelöhner.“

— Bourgeoisiehumanität gegen — Hunde und Katzen. In einem älteren englischen Zeitungsblatt (aus vorigem Herbst) fällt uns folgende Notiz in die Augen:

„Vor dem Assisen von Lewes stand gestern Mrs. Chantrell, welche von dem Thierschutzverein angeklagt war, weil sie eine Anzahl von Hunden und Katzen, die sie besaß, dadurch gequält hatte, daß sie ihnen nicht genügende Nahrung gegeben. Die Beschuldigung wurde bewiesen und die Anklage zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt.“

Diavol! In der Hauptstadt Englands stirbt durchschnittlich jeden Tag ein Mensch Hungers (death by starvation — Tod durch Hunger und Entbehrung, lautet der Kanstausdruck). Es kräht aber kein Hahn darnach. Ja wären es Hunde oder Katzen! Aber Menschen! Pah!

— Ueber die Aussperrung in Süd-Wales schreibt man unterm 23. d.:

„Die Lage in den Kohlendistrikten in Süd-Wales wird eine sehr bedenkliche. In einer Versammlung der Eigentümer sämtlicher Kohlengruben, welche gestern in Cardiff stattfand, wurde nämlich der Beschluß gefaßt, vom 1. Februar an alle Arbeiter von der Arbeit auszuschließen, da sich die im Auslande befindlichen Arbeiter geweigert hatten, auf die Preiderniedrigung einzugehen. Es werden daher vom 1. Februar an sämtliche Kohlengruben stille stehen, falls nicht vor dieser Zeit noch ein modus vivendi (Abkommen) zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gefunden wird. Der Beschluß der Association der „Herren“, ihre jetzt in Arbeit befindlichen Arbeiter auszuschließen, weil andere Arbeiter sich weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen, sieht ungemein einer Conspiracy (Verschwörung) gleich, und wenn ein solcher Beschluß von der anderen Seite gefaßt worden wäre, so hätte man sicherlich das betreffende Gesetz in Anwendung gebracht.“

Natürlich. Wozu sind denn die Gesetze im Klassenstaate? Wozu anders, als die Herrschaft der Kapitalisten zu erhalten und zu befestigen? Und Herrschaft der Kapitalisten heißt Knechtschaft der Arbeiter. Das Recht des Herrn ist aber nicht das Recht des Knechts. Die Aussperrung ist inzwischen erfolgt.

— Der siebente Jahreskongreß englischer Gewerksvereine wurde, wie schon erwähnt, am 18. Januar in Liverpool eröffnet. Nach dem „Crimmischauer Bürger- und Bauernfreund“, der seinen Bericht dem „Beehive“ entlehnt hat, und den wir im Auszuge wiedergeben, waren gegen 200 Deputierte erschienen, die ungefähr 100 Gewerksvereine und Gewerks-Verbindungen (mit gegen 700,000 Arbeitern) vertreten. Zum Vorsitzenden wurde James Fitzpatrick, Sekretär der Schiffbauer-Union zu Liverpool, zum Bizevorsitzenden Donald Mac Cullum aus Edinburg gewählt.

Der wichtigste Gegenstand der ersten Sitzung war der von George Howell verlesene Bericht des parlamentarischen Comité für das Jahr 1874. Derselbe nennt zunächst das eben abgeschlossene Jahr ein in verschiedenen Beziehungen für die Trades-Unions ereignisreiches. Besonders hervorzuheben sei die Bewegung unter den Landarbeitern, die freilich nicht solche Erfolge gehabt, wie sie das Comité wohl gewünscht hätte, die aber lange andauernd, jähe und tiefgehend gewesen und von den besser bezahlten

Stadtarbeitern kräftig unterstützt worden ist. Die Landarbeiter die Eisenarbeiter und Andere hatten auch verschiedene Bewegungen unter sich gehabt, vorzüglich schon früher errungene günstige Arbeitsbedingungen festzuhalten, aber mit verschiedenem Erfolge. Unter den besser bezahlten mechanischen Arbeitern und Handwerkern jedoch wäre ein bemerkenswerther Stillstand in Streikbewegungen eingetreten. Viele von diesen verdanken dies ihren festen und gesunden Organisationen, ein Beweis dafür, daß gute und vernünftig geleitete Gewerksvereine nicht zu Scitales führen. Der Bericht geht hierauf ausführlich in die Beschwerde der Arbeiter gegen eine Anzahl von Gesetzen ein, erörtert die Wege, auf welchen man zur Abschaffung derselben durch das Parlament gelangen müsse und erwähnt schließlich die Aufstellung von folgenden Arbeiter-Candidaten zum Parlament: 1) Macdonald; 2) Odger; 3) Motterhead; 4) Broadhurst; 5) Howell; 6) Burt; 7) Kane; 8) Walton; 9) Potter; 10) Cremer; 11) Halliday; 12) Pickard. Von diesen gelang es zwei durchzubringen: Alexander Macdonald für Stafford und Thomas Burt für Morpeth. Das Comité meint, wenn der Congreß wirklich wünsche, eine größere Zahl Arbeiterklassen-Beretreter im Unterhause zu sehen, so liege das Vermögen hierzu in den Händen der Arbeiter in den Wahlkreisen, wenn sie nur einig sein und die von ihnen besessene Macht zur Wahl von tüchtigen Arbeitern in Ausübung bringen wollten.

In der zweiten Sitzung am 29. Januar wurde u. A. ein Schreiben von Joseph Arch verlesen, welcher Namens der landwirthschaftlichen Arbeiter den Gewerksvereinen den aufrichtigsten Dank für die den ersteren erwiesene Theilnahme aussprach. Die Herren Broadhurst und Potter aus London sprachen sich ebenfalls in scharfer Weise über die Gesetze gegen die Arbeiter aus und ermahnten diese, niemals einem Candidaten für das Unterhaus ihre Stimmen zu geben, welcher sich nicht in bindender Weise verpflichtet, für die Aufhebung derselben zu stimmen. Beide Redner beklagten es, daß die conservative Partei wieder zur Regierung gelangt sei, und stellten die königliche Commission bloß als ein Mittel dar, um die Arbeiter und das Land zu hintergehen. Man folgten die auch von uns schon erwähnten Angriffe des Abgeordneten Cremer (schon oben unter den Parlaments-Candidaten genannt), der sich zum Worte gemeldet hatte. Cremer erklärte nämlich, es seien leider in ihrer eigenen Mitte, in ihrem Lager selbst Beräthrer an der Sache der Arbeiter, Leute, die von deren Feinden gekauft worden und zu den Segnern der Arbeiter übergegangen seien. Er wies mit deutlichen Worten auf die Herren Macdonald und Burt hin, von denen der Erstere Mitglied der königlichen Commission geworden sei, während der Letztere den Schritt seines Collegen getheilt. Ein sehr bedeutender Tumult erhob sich in Folge dieser Rede. Lloyd Jones, Mitarbeiter am „Beehive“ verschaffte sich endlich Gehör und erklärte auf das Entschiedenste, man könne wohl Männern, wie Macdonald und Burt, einen Irrthum in ihren Ansichten vorwerfen, aber es sei höchst ungeziemend, sie eines so schändlichen Verbrechens, wie des Verrathes an der eigenen Sache, anzuklagen. Broadhurst beantragte die Wahl eines Comité's, welches die Anklagen gegen jene beiden Herren untersuchen sollte.

Odger beklagte die Sprache Cremer's, da das ganze Land und alle Arbeiter heute die Anklagen lesen würden, und, wenn nicht eine vollständige Rechtfertigung entweder seitens Cremer's oder seitens der Beschuldigten stattfände, leicht der Sache der Arbeiter sowohl, wie auch andererseits den Angeklagten großer Nachtheil zugefügt werden könnte. Die Arbeiter und das Land müßten wissen, ob wirklich ein Verrath stattgefunden habe, und da die Sache einmal vor den Congreß gekommen sei, so werde es am besten sein, dieselbe so eingehend wie möglich zu untersuchen, es werde sich dann herausstellen, von welchen Gründen die angeklagten Männer geleitet wurden, als sie die Stellen in der Commission annahmen. Die bloße Beschuldigung dürften sie nicht auf sich sitzen lassen, und er unterstütze daher den Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungscomité's, welches nach diesem Congreß Bericht zu erstatten verpflichtet sein solle.

Macdonald ergriff darauf das Wort. Er wies darauf hin, daß er sein ganzes Leben hindurch sich der Sache der Arbeiter gewidmet habe, und er bedauere tief, daß auf einem Congreß derselben veraltete Anklagen gegen ein Mitglied erhoben worden seien. Er wolle auseinanderlegen, wie es gekommen sei, daß er die Stelle in der Commission angenommen habe. Kurze Zeit nach seiner Ankunft in London hätten ihm Burt und Hughes mitgetheilt, daß die Regierung beschlossen habe, eine Commission einzusetzen, und daß einer der Arbeitercandidaten nebst Hughes in derselben einen Sitz erhalten sollte. Zu gleicher Zeit erklärte der Minister Croft, daß die Commission gebildet werden würde, ob diese Herren die Stellen annehmen oder nicht. Er glaube nun, es wäre der größte Fehler während seines ganzen Lebens gewesen, wenn er nicht den Sitz in der Commission angenommen hätte, um dort an Ort und Stelle zu hören, was denn die Gegner der Arbeiter vorzubringen hätten, und um deren Angaben sofort Widerspruch und den Beweis der Unrichtigkeit entgegenzusetzen zu können. Burt und Hughes seien derselben Ansicht gewesen. Er könne an diesem Plage noch keine Mittheilungen über die Commission machen, allein soviel könne er sagen, daß die Regierung, deren Anhänger er nicht sei, dieselbe zu größerer Eile aufgefördert habe. Wenn die Commission ihr Best glücklich zu Ende führt, so sei an dem einen Jahre, das verloren worden sei, nicht viel gelegen, im Vergleich zu dem Resultate; wenn dieselbe aber resultatlos bleibe, dann würden sie wenigstens das reichhaltigste Material in dieser Frage zur Verfügung haben. Was den Antrag auf Einsetzung eines Comité's betreffe, so stimme er demselben vollständig bei; er werde seine Unschuld beweisen, und er werde dann der Commission zu sagen im Stande sein, der Congreß der Arbeiter werde sich nicht eher beruhigen, bis alle gegen sie, die Arbeiter, gerichteten Gesetze beseitigt worden seien. Er beklagte tief, daß es den Anschein gewinnen konnte, als hätten sie Uneinigkeit in ihrer eigenen Mitte; sie hätten Feinde genug außerhalb des Congresses; in England und Amerika bildeten die Arbeitgeber Vereinigungen gegen die Arbeiter, politische Vereine würden gegen die Arbeiter gebildet und sie hätten genug zu thun, sich ihrer Feinde zu erwehren. Sein Streben gehe dahin, die Arbeiter den Arbeitgebern und den Ersten im Lande gleichzustellen, danach habe er immer gestrebt und werde sein ganzes Leben lang darauf hinwirken.

Burt vertheidigte sich mit ähnlichen Gründen, wie Macdonald, und erklärte, sein Gewissen entlaste ihn ganz von irgend einer Beschuldigung, die gegen ihn erhoben worden sei.

Beide Reden wurden sehr beifällig aufgenommen. Es wurde (mit 57 gegen 43) beschlossen, ein Comité zur Untersuchung der Anklagen einzusetzen.

In der Sitzung am 20., die sehr zahlreich besucht war, kam das Gesetz, nach welchem Verabredungen von Arbeitern zur Arbeitsvertheilung unter gewissen Umständen als criminal strafbar erklärt werden können (Law of conspiracy) zur Besprechung. Mehrere Redner machten mit Nachdruck auf das Ungelegliche dieser

Bestimmung aufmerksam, und es wurde eine Resolution angenommen, welche jenes Gesetz als höchst ungerecht und der Freiheit gefährlich verdammt. Herr Halliday, der Präsident der vereinigten Bergwerksarbeiter, machte auf seinen eigenen Fall im vorigen Jahre aufmerksam und bemerkte, daß die Kosten seines Prozesses zwischen 1400 und 1500 Pfund betragen hätten. Odger beantragte, man solle den Kampf doch in das feindliche Lager spielen und die Arbeiter in Südwalles, welche einer Uebereinkunft gemäß ihre Arbeiter ausgeschlossen hätten, auch nach jenem Conspirations-Gesetze anklagen. Allein sämtliche Redner erklärten sich gegen diesen Antrag, da der Congreß durch die Annahme desselben jenes Gesetz anerkennen würde, und Odger zog daher seinen Antrag zurück.

Hierauf wurde die Sitzung auf Nachmittags vertagt. Das Hauptereigniß der Nachmittags-Sitzung war die Berlesung des Berichtes des Comités über die von Cremer vorgebrachten Beschuldigungen und die Ausstoßung des Letzteren aus dem Congreß. Der Bericht erklärte auf das Bestimmteste, daß die Beschuldigungen in gar keiner Weise von Cremer oder irgend einem andern Zeugen bewiesen werden konnten, und empfahl daher dem Congreß den strengsten Tadel gegen Cremer anzusprechen. Es wurde von Macdonald beantragt, daß Cremer aus diesem Congreß ausgeschlossen und zu keinem künftigen Congreß als Mitglied zugelassen werden solle, bis er die Beschuldigungen vollständig zurückgezogen habe. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen.

— Folgendes lesen wir in dem soeben herausgegebenen 3. Heft des zu London erscheinenden russischen sozialistischen Organs „Vorwärts“ (Wpered):

„Philippus (ein bekanntes thätiges Mitglied des russischen höchsten Polizei- und Spionage-Institutes, der III. Abtheilung des Kaisers von Rußland eigner Kanzlei), also Philippus, der bekanntlich in der Aktienfallungsaffaire des Spions Kolesow verwickelt und dabei kompromittirt war, verbreitet jetzt das Gerücht, daß er seine Stellung bei der III. Abtheilung aufgibt und nach dem Auslande geht, um sich dort mit Zeitungsherausgabe zu beschäftigen.“

„Noch bevor Philippus seine Stellung verließ — berichtet weiter das erwähnte Organ — wurde uns mitgetheilt, daß derselbe in's Ausland geschickt wird zum Zwecke der Beobachtung der Entwicklung und Verbreitung der russischen Emigrantenpresse.“

Man erinnern wir uns aber, im Annoncenbeil des „Radobatsch“, v. d. 22. November 1874, folgende Ankündigung gelesen zu haben:

„Handels- und Industrie-Anzeiger für Rußland. Im Laufe des Dezembers d. J. beginnt die Herausgabe eines Wochenblattes, welches ausschließlich Annoncen enthalten wird. Die für das Blatt bestimmten Inserate aus verschiedenen Ländern werden in's Russische übersetzt und das Blatt, in Berlin gedruckt, wird in Rußland in Form einer Beilage zu den bedeutendsten russischen Zeitungen verbreitet.“

Weiter heißt es:

„Laut Vertrag mit der Handlung des Herrn Rudolf Woffe in Berlin hat dieselbe übernommen und ist ihr das ausschließliche Recht übergeben, für das besagte Annoncen-Blatt Inserate entgegenzunehmen in den Grenzen des deutschen Reiches, der österreichischen Staaten und der Schweiz. — Berlin, im November 1874. Der Herausgeber: E. von Philippus, Bendlersstraße 8.“

Ob dies wohl derselbe Herr Philippus sein mag? — Ohne diese Frage heute weiter erörtern zu wollen, warnen wir hiermit Jedermann vor dem, durch das Organ „Vorwärts“ gekennzeichneten, offenbar höchst gefährlichen Individuum, welches jedenfalls zu keinem andern Zwecke sich in Deutschland herumtreibt, als zur Auspionirung der des Sozialismus verdächtigen russischen „Unterthanen“. Wir können uns übrigens erinnern, noch andere höchst „pilante“ Einzelheiten über diese Person in den früheren Hefen desselben russischen Organs gelesen zu haben, und werden wir gelegentlich darauf zurückkommen.

— Herr Rudolf Meyer, der bekannte Berliner conservative Sozialpolitiker und Abtats Ehren-Bagener, beabsichtigt eine „Sozialpolitische Correspondenz“ herauszugeben, von welcher uns die Probenummer vorliegt. In dieser verspricht Herr Meyer, die wichtigsten Vorgänge auf sozialem Gebiet „durchaus zuverlässig und objektiv geschildert und geordnet schleunigst darzustellen.“ Der erste Artikel der Probenummer läßt jedoch das Versprochene nicht erkennen: 1) läßt Herr Meyer den „Correspondent für Buchdrucker und Schriftgießer“ noch immer einmal wöchentlich erscheinen, während dieses Organ bereits seit 1872 wöchentlich zweimal erschien und seit Neujahr 1875 sogar wöchentlich dreimal herausgegeben wird; 2) berichtet der „Sozialpolitiker“, daß die „Süd-deutsche Volksstimme“ in Stuttgart eingegangen sei, während jeder nur einigermaßen mit der Arbeiterbewegung Vertraute weiß, daß das erwähnte Blatt in Mainz erschien und seit Neujahr in die täglich erscheinende „Neue Mainzer Zeitung“ umgewandelt wurde. — Herr Meyer wolle sich daher über die Arbeiterpresse besser unterrichten, ehe er über dieselbe berichtet. („Zeitgeist.“)

### Bericht

des am 20. September 1874 auf dem Delegirten-Tage sächsischer Bergarbeiter zu Zwickau gewählten Ausschusses zur Wahrung der Ehre und Rechte der Bergarbeiter.

Der Ausschuss hielt bis Jahreschluss 6 Sitzungen ab. Briefe wurden abgeschickt zusammen 23; außerdem 2 Correspondenzarten und 10 Kreuzbandsendungen.

Briefe sind angekommen 9. Statistisches Material wurde bis jetzt nur aus einem Orte resp. Bezirk — und zwar aus Freiberg — eingesandt.

An freiwilligen Beiträgen wurden insgesammt 2 Thlr. 7 Ngr. 5 Pf. übergeben. Dagegen betragen die Ausgaben 2 Thlr. 1. Ngr. 8 Pf.

Es war sehr natürlich, daß der Ausschuss Verschiedenes anzuschaffen hatte. Die bis jetzt vom Ausschusse gesammelten Notizen über Bergarbeiter-Angelegenheiten sind folgende: Unglücksfälle sind, soweit dieselben in der Presse bekannt gegeben wurden, vorgekommen seit 1. Oktober 1874 bis 31. Dezember 1874 in Summa: 11; verletzt bez. getödtet wurden 20, und zwar durch schlagende Wetter 6, durch Sturz 5, verschüttet 7, und durch hereinbrechendes Gestein bez. Kohle 2 Mann. Das „Wochenblatt“ — Amtsblatt — in Zwickau brachte nur 3 bis 4 Unglücksfälle, während das „Zwickauer Tagblatt“ sowie der „Grimmitzschaner Bürger- und Bauernfreund“ alle übrigen Notizen brachten. Es sind allerdings noch mehr Unfälle vorgekommen, und müssen alle Berg- und Hüttenleute im Interesse der Sache bei vorkommenden Unfällen dem Ausschuss genauen Bericht erstatten, damit bei Jahres-

schluss auch eine richtige statistische Zusammenstellung erfolgen kann.

Der Ausschuss hat weiter versucht, statistisch festzustellen, wie viele Geburten, männlich und weiblich, Berhelichungen und Sterbefälle, (letzteres mit genauer Aufzeichnung des Alters) im hiesigen Kohlenrevier vorkommen.

Da nun keine andere Grundlage da ist, als die Veröffentlichung im Amtsblatt (kirchliche Nachrichten) und nicht von jeder Pfarodie angegeben wird, ob Berg- oder Nichtbergarbeiter, da ferner diese Arbeit eine sehr umfangreiche ist, die ein Arbeiter in seiner wenigen freien Zeit nicht fertig stellen kann, so mußte vorläufig davon abgesehen werden. Wir hoffen jedoch, bald einen Ausweg zu finden, um diesen so wichtigen Punkt besser und energisch ausbeuten zu können.

Ueber die Lohnverhältnisse, Contractbruchgesetz, Haftpflichtgesetz, sowie über Wohnung, Kleidung, Nahrung, Gesundheitszustand, Invalidität, Lebensdauer u. s. w. u. s. w. sind theils gar keine, theils sehr wenige und dürftige Notizen eingegangen.

Aus Freiberg liegt uns eine gedruckte Vermögensübersicht der Freiburger Bergknappschaftskasse auf das Jahr 1873 vor, veröffentlicht auf Anordnung des Revierauschusses und unter Bezugnahme auf § 110 der Ausführungs-Verordnung zum Allgemeinen Berggesetz vom 16. Juni 1868, welche wir hier folgen lassen:

Einnahme.	
35917 Thlr. 15 Ngr. 8 Pf.	Beiträge von den activen Mitgliedern,
35917 - 15 - 8 -	Beiträge der Grubenbesitzer, sowie aus den fideicommis und Revier-laffen,
1619 - 25 - 7 -	Reste, bestehend in Nachzahlungen von Büchsen- und Supplement-geld bei Verurlaubungen.
1886 - 3 - 7 -	Beiträge von Gehalts- und Lohn-erhöhungen,
12120 - 24 - 7 -	Zinsen von aufstehenden Kapitalien und Werthpapieren,
521 - 7 - 4 -	Ausbeute und Verlag von Frei-lagen,
92 - 15 - 5 -	Ausbeute von Eigenthumsluxen,
6600 - - - -	außerordentliche Ausbeute von Hummelfahrt-Förderung.
178 - 12 - 8 -	Strafgelder,
444 - 5 - 9 -	Vermögenszuwachs durch Ankauf von Werthpapieren,
9 - 24 - - -	für verkaufte neue Bergknappschafts-Regulative,
49 - 8 - 9 -	Insgesamt.

95257 Thlr. 10 Ngr. 2 Pf. Summa der Einnahme.

Ausgabe.

52627 Thlr. 23 Ngr. 7 Pf.	verlohnertes Knappschafts-geld an die männlichen Percipienten, Bgl. an die Wittwen u. Waisen,	1959 Thlr. 25 Ngr. 1 Pf. mehr als im v. Jahre.
24179 - 15 - 8 -	extra-ordinäre Unterstützungen an zu Schaden gekommene Bergleute, Knappschaftsgeldempfänger und Wittwen und Waisen,	
111 - 10 - - -	Sargbeiträge,	
174 - - - -	Impfungskosten,	
131 - 25 - - -	Zufuß zu Deckung des Auswandes bei den Bergstiftshäusern,	
36 - - - 8 -	Beitrag zur bergknappschaftlichen Schulkasse,	
375 - - - -	Beitrag zur Bibelgesellschaft,	
15 - - - -	Befoldung der Kassenbeamten und des Expedienten,	
1002 - 20 - - -	Remuneration an die 5 Knappschafts-Abgeordnete,	
78 - 20 - - -	Emolumente und Rejiekosten,	
67 - 18 - 5 -	Grundsteuern und Brandlaffenbeiträge,	
5 - 21 - 6 -	Vermögenssteuer,	
315 - - - -	Mietzins und Heizung für das Expeditionelokal,	
41 - 6 - - -	Aufwand für angeschaffte Materialien, Schreibutensilien, Inventarierstücke, sowie Drucker- und Buchbinderlohn,	
103 - 5 - 7 -	Beitrag zur Medicinalkasse,	
25 - - - -	Restirirte Beiträge an 13 aus dem Knappschaftsverbande entlassene Arbeiter,	
576 - 9 - 8 -	Insgesamt.	
96 - 23 - 7 -		

79962 Thlr. 20 Ngr. 6 Pf. Summa der Ausgabe.

Bilanz.

95357 Thlr. 10 Ngr. 2 Pf.	Einnahme,
79962 - 20 - 6 -	Ausgabe.
15394 Thlr. 19 Ngr. 6 Pf.	Ueberschuss im Jahre 1873.
Hierzu:	
298309 - 26 - 5 -	Vermögens-Bestand am Jahreschluss 1872,
313704 - 16 - 1 -	Summa des Vermögens am Jahreschluss 1873, als:
17703 - 27 - 5 -	in baarem Gelde,
294135 - - - -	in verbenden Kapitalien,
490 - 6 - 2 -	Rest stehende Knappschafts-gesälle,
1375 - 12 - 4 -	an Immobilien, Kuzen und Pretiosen.

uts. [ut supra=wie oben, nämlich 313704. 16. 1.]

Zu der außergewöhnlichen Höhe des erlangten Ueberschusses in diesem Jahre trug die von Hummelfahrt-F. extra verteilte Ausbeute, sowie die bedeutende Gehalts- und Lohnhöhung wesentlich bei.

Die Zahl der Percipienten belief sich im Jahre	
1872	1873
auf 1266	1327 männliche
1804	1840 Wittwen und
954	971 Waisen.
4024	4188 in Summa.

Aus der Schulkasse wurden verausgabt; 6934 Thlr. 16 Ngr. 6 Pf.

Diese Ausgabe ist durch 1850 Thlr. — Ngr. — Pf. Beitrag aus Staatsmitteln, 375 Thlr. Beitrag aus der Knappschaftskasse, sowie durch Beiträge von der Mannschaft, Kapitalzinsen und Kassenzufuß gedeckt worden.

Mit Beiträgen zum Schulgeld wurden unterstützt			
Knaben, Mädchen, Summa,			
3365	3313	6678	am Jahreschluss 1872.
414	546	960	aufgenommen im Jahre 1873.
3779	3859	7638	Summa, davon
497	619	1116	entlassen im Jahre 1873.
3282	3240	6522	Bestand am Schluss des J. 1873.

Freiberg, am 23. Februar 1874.

Die Revierrassenerverwaltung.

Ernst Wilhelm Hebert. Ernst Julius Bilz. Statistische Angaben: Die Zahl der Arbeiter und Aufseher der Bergreviere Freibergs beträgt 5915 Mann. Die Stärke der Invalidität beträgt 18 Prozent, das Lebensalter der Activen beträgt durchschnittlich 44 Jahr. Das Lebensalter der Invaliden beträgt durchschnittlich 55 1/2 Jahr; Invalidität durchschnittlich 48 Jahr.

Zum Schluss geht uns soeben ein Brief von Bergarbeitern aus Oberwürttemberg zu, nebst einem freiwilligen Beitrag von 14 Mark (4 Thlr. 20 Ngr.), worüber wir öffentlich quittiren.

Hoffend, daß die Bergarbeiter und Knappschaftsmitglieder etwas eifriger an ihr eigenes Ich denken und den Ausschuss von allen Bedrückungen und sonst wichtigen Angelegenheiten in Kenntniß setzen,

im Auftrage für den Ausschuss:  
Zwickau, 24. Jan. 1875.  
David Hoch in Niederplanitz.

### Correspondenzen.

Schneeberg, 25. Januar. Hier oben bei uns hat man ganz eigenhümliche Begriffe vom Vereins- und Versammlungsrecht, von Toleranz gegen Anderdenkende, von Manneswort und dergleichen Dingen mehr. Das beweisen die jüngsten Vorkommnisse hier und in den benachbarten Orien. Leute, die den sogenannten gebildeten Ständen angehören, aber zu dumm und zu feig sind und öffentlich gegenüberzutreten, geben sich indheim alle Mühe, den Wirthen Angst und Furcht vor den „Petroleumern“ einzujagen, damit dieselben kein Lokal hergeben. Wo die Furcht vor uns nicht Stich hält, greift man zu Drohungen, und läßt Polizeistrafen, Entziehung der Tanzabende und manch andere Annehmlichkeiten vor den Augen der um ihre Existenz hangenden Wirthse aufmarschiren. Natürlich, daß diese in letzter Stunde ihre Zusage brechen, und, wo man ihnen scharf auf den Leib gehen will, für den ungestümen Dränger nicht zu Hause sind. So ging es uns in Bishorlau, Schlema etc. Wir waren somit außer Stande, vorläufig in jenen Orten Versammlungen abzuhalten. Nicht viel besser ging es uns in Neustädtel, wo zwar eine von etwas über 300 Personen besuchte Versammlung zu Stande kam, jedoch bald durch den Nachspruch des dortigen Bürgermeisters ein allzu schnelles Ende nahm. Stundemweit kamen die Arbeiter herbei (von Aue allein über 40 Mann) in geschlossener Colonne, aber es war vergeblich, sie kamen etwas später und nur kurze Zeit konnten sie dem Vortrage beiwohnen. Und was war die Ursache? Es wurden keine „Brandreden“ vom Stapel gelassen, es herrschte kein tobender Lärm, kurz und gut, selten ist wohl eine Versammlung gehalten worden, die einen solch ruhigen Charakter trug. Wiemer aus Magdeburg referirte über „die Sozialdemokratie und ihre Gegner“. In ruhiger, vollständig gelassener Weise behandelte Redner sein Thema; aufmerksam hörte die Versammlung seinen Ausführungen zu, nur die Gegner fühlten sich äußerst unbehaglich, als Wiemer ihre Kampfweise schilderte. Ihre finstern Gesichter legten Zeugniß ab, daß sie Dinge zu hören bekamen, die sie von dem „Arbeiterapostel“, mit welchem Titel der „Erzgebirg. Volksfr.“ Wiemer belegte, sich nicht vermuteten. In treffenden Worten wies Wiemer alle Vorwürfe, die gegen uns erhoben wurden, zurück. Als der Referent auf die Religion zu sprechen kam, und den Heuchlern vollends die Maske herunterriß, die frommelnden Herren unbarmerzig geißelte, aber immer mit größter Ruhe zu Werke ging, wurden die hilfesuchenden Blicke der Gegner immer flehender, denn sonderbar, unfre arbeitende Bevölkerung, die im Punkte der Religion äußerst empfindlich ist, fand an den Ausführungen des Referenten den größten Gefallen. War es da ein Wunder, wenn unsre Gegner den Schluss herbeischickten? Er sollte kommen. Das Capitel von der Feindschaft und der Nächstenliebe half. Der Neustädter Bürgermeister fühlte ein menschliches Mitleid, er hatte Mitleid mit seinen Standesgenossen, die wie bezogene Pudel dasaustanden; er rückte verschiedene Male an seiner Pelzmitze, endlich kam der ersuchte Augenblick herbei.

Eine der höchsten Culturaufgaben in unsrer gottbegnadeten Zeit, der „heilige Krieg“ passirte gerade Revue, und als der Redner die Worte gebrauchte: „Heißt das etwa die Feindschaft üben, heißt das feurige Kohlen auf dem Haupte unsrer Feinde sammeln, wenn Städte und Dörfer frieblichsender Menschen durch Bomben und Granaten in Brand geschossen werden? Ist das im Sinne der Religion gehandelt? Steht das mit den Lehren des Stifter des Christenthums im Einklang?“ da verschwand die Pelzmitze vom bürgermeisterlichen Haupte, und emporstachelnd verkündet er dem stannenden Publikum: „Ich kann nicht zugeben, daß in solcher Weise die heiligen Grundsätze der Religion besprochen werden, und erkläre die Versammlung für aufgelöst.“ Einige Bravouruse belohnten den Bürgermeister für seine gesellschaftsreiterische That, aber die Vermächtigungen, die alsbald laut wurden, können wir nicht alle wiedergeben. „So, also nicht einmal die Wahrheit sollen wir mehr hören; das glauben wir; wenn sie Euch nicht gefällt, so schert Euch hinaus; der Redner hat Recht. Weiterprechen! Weiterprechen.“ Die Versammlung aufzulösen das ist eine —. Halt! bald hätten wir mehr Stimmen aus dem Publikum vernehmen, als wir wollten. Aber Herr Bürgermeister, verzeihen Sie, können Sie nicht einmal unsre Agitatoren in die Lehre nehmen, und ihnen beibringen, in welcher Weise sie die heiligen Grundsätze der Religion besprechen sollen? Sollen die „Arbeiterapostel“ statt den Krieg mit allen seinen Schrednissen zu verdammen, ihn loben und preisen? Sollen sie, statt dem Rationalitätenhaß entgegenzuarbeiten, denselben huldigen? Oder sollen sie, statt die Lehre von der Brüderlichkeit zu verkünden, uns auffordern, den Feind mit dem Kolben zu „lausen“ oder auf den Chassepot zu hauen? He!

Um baldige Auskunft erjuchen eirige neugierige Sozialdemokraten.

Hainichen. Ein Fortschritt. Wie vielen Lesern des „Volksstaat“ bekannt sein wird, bestand in Hainichen seit einer Reihe von Jahren ein Kampf in der Schulfrage. Es bestanden hierorts 3 Abtheilungen A B C, die letzten 2 Abtheilungen bestanden geseglich, jedoch die erstere Abtheilung war ein von der Bourgeoisie

geschaffenes Institut, welches für jedes Kind im Durchschnitt ungefähr 8 Thaler jährlich aus der Stadtkasse beanspruchte, wo hingegen die gelehrte bestehende Bürgerschule B C 3 bis 4 Thlr. pro Kind aus der Stadtkasse Zuschuß erhielt. Des Kampfes, den wir in dieser Beziehung mit dem vormaligen Herrn Bürgermeister Dr. Fischer gehabt haben, wollen wir unerwähnt lassen, und bloß anzeigen, daß die Schulfrage zum Besten der Hainicher Einwohner ausgefallen ist. Diese oben erwähnte Kastenschule wird fallen, und soll bloß eine allgemeine Bürgerschule mit einer Selecta für ärmerer Kinder entstehen, das Schulgeld wird jährlich 2 1/2 Ngr. pro Kind betragen und das Uebrige wird die Stadtkasse durch Erhöhung der Steuereinheiten tragen. Es hat zwar viel böses Blut unter einem Theil der hiesigen Einwohner erzeugt, welche keine Kinder haben, oder deren Kinder schon aus der Schule entlassen sind, daß sie wieder zu den Schulkosten beitragen müssen. Es sind aber immer nur Duzenden, welche noch nicht begriffen haben, oder nicht begreifen wollen, daß die Schule einem Jeden zu Gute kommt, mag er Kinder in die Schule zu schicken haben oder nicht.

In vielen Orten werden die Sozialisten als „Theeler“ und zum Denken unfähige Masse dargestellt, in Hainichen ist dies umgekehrt der Fall; da bezeichnet man solche Männer als Sozialisten, welche für das allgemeine Recht der Einwohner eintreten, und etwaigen Anexionisten das Handwerk, so weit wie möglich, legen, wie Herr Bürgermeister Dehlschlagel in einer Correspondenz der „Dresdner Nachrichten“ erfahren mußte. In wie weit dieses Zeugniß der Correspondenz der „Dresdner Nachrichten“ unseren Bürgermeistern angenehm ist, wissen wir nicht, brauchen es auch nicht zu wissen, aber achten und schätzen werden wir einen Mann, so lange — er das Recht vertritt.

In einer zahlreich besuchten Parteiversammlung, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Vereinigung der deutschen Sozialisten beider Fraktionen zu beschleunigen und nach Kräften zu unterstützen.

**Die Hainicher Parteigenossen.**

**J. A.: Karl Lange, Friedrich Fleischer.**

**Hörsnek.** Am 24. Januar wurde hier eine Sitzung der Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgehalten. Zweck derselben war, eine regere Agitation als bisher in unserm 2. Wahlkreis ins Leben zu rufen. Es wurde zu diesem Zwecke ein Agitationscomité, bestehend aus 5 Mann, gewählt. Gewählt wurden: Hr. Rischner, Vorsitzender; Hr. Sängler, Stellvertreter; Hr. Henniger, Kassirer; R. Hochstein, Schriftführer; H. Harrah, Stellvertreter. Angesichts der bisherigen mangelhaften Agitation in unserm Wahlkreis, welche sich vorzüglich bei der letzten Reichstagswahl sehr deutlich gezeigt hat, haben sich die hiesigen Parteigenossen zu obigem Schritte veranlaßt gesehen und fordern wir daher die Vertrauensmänner der Mitgliedschaften in Saalfeld und Sonneberg auf, so wie auch die Parteigenossen von solchen Orten, in welchen noch keine Mitgliedschaften bestehen, uns umgehend ihre Adresse zukommen zu lassen, um sich mit uns über das Nähere zu verständigen. Zum Schluß wurde noch der angestrebte Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiterfraktionen Deutschlands gedacht und folgende Resolution angenommen: „Auch wir begrüßen mit Freuden die angestrebte Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Arbeiterfraktionen Deutschlands und wünschen, daß dieselbe zum Wohle des gesammten Arbeiterstandes recht bald zu Stande kommen möge.“

Diese sind zu senden an R. Hochstein, Breitestraße 142.

**Hörsnek im Januar.** In der hiesigen E. F. Porzellanfabrik war es seit langen Jahren fog. kaufmännischer Usus jedem Arbeiter von 1 fl. Lohn 3 kr. kaufmännisches Agio abzuziehen. Das heißt nicht etwa vom rein verdienten Geld, bewahre, sondern — man höre und staune: die Maler in besagter Fabrik müssen Farbe und Gold vom Comptoir beziehen, natürlich mit 50 pCt. über dem Einkaufspreis. Hatte nun der Maler 50—60 fl. Arbeitslohn, so wurden ihm sogleich 3 kr. gekürzt, d. h. er hatte besagtes Agio noch einmal auf Gold und Farbe. Wie angenehm wurden wir nun am Neujahr, nachdem man uns drei Wochen ohne Arbeit gelassen (wahrscheinlich, um uns Gelegenheit zu geben, unsere ersparten Kapitalien zu verzehren), überrascht, als das Agio aus unseren Büchern verschwunden, aber zu gleicher Zeit auch eine Preiserhöhung aller Artikel eingetreten war, die wir natürlich als gut kaufmännisch berechnet ansehen müssen. Es lebe die Humanität!

**Hamburg, 26. Januar.** Die letzten drei Tage waren für die Parteigenossen in Hamburg und Umgegend voll von angenehmen, geistigen Anregungen, veranlaßt durch die Wirksamkeit des Parteigenossen Liebknecht, welcher hier sowohl am Sonnabend wie Sonntag, außerdem auch am Montag in Wandersbeck öffentlich redete. Am Sonnabend hielt Liebknecht seine erste Rede in Hamburg und zwar auf dem, vom sozialdemokratischen Arbeiterverein veranstalteten, sehr gut besuchten Arbeiterfest. Der Redner verbreitete sich eingehend über die sittliche und unwiderstehliche Kraft, welche der Arbeiterbewegung inne wohnt. Das Fest selbst verlief vortreflich. Die Liedertafel Passalia trug Quartette vor, welche mit ersten Volksgesängen sämtlicher Festteilnehmer abwechselten. Schon früh am Morgen des 24. Januar (Sonntag) mußte Liebknecht eine zweite Rede halten. Die Volksversammlung, in welcher dies geschah, war von etwa 4000 Personen besucht und vom Bevollmächtigten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herrn Köster, geleitet. Außer Liebknecht sprach in jener Versammlung auch der Reichstagsabgeordnete Hasselmann, gleich seinem Vordränger unter lebhaftem Beifall der Zuhörer. Liebknecht entwickelte die Theorien der Sozialdemokratie, besonders wie Produktion und Consumption (auch Handel) zur Bewirklichung dieser Theorien sich zu gestalten hätten. Hasselmann führte die verschiedenen, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse getragenen Rechtsanschauungen aus und beleuchtete das Wesen der Gewaltpolitik. Die Stimmung der Versammelten war ausgezeichnet, so daß man in Rücksicht auf diese und einige vorausgegangene Versammlungen freudig behaupten kann: Der Geist der Vereinigung ist zu Hamburg-Altona in stetigem Wachsthum begriffen. Das gestern Abend zu Wandersbeck stattgehabte Arbeiterfest war fast noch besser als das Hamburger fest. Die Rede Liebknechts war vorwiegend belehrend und darauf berechnet, jedem Zweifel am Sieg unserer Sache zu heben, so daß sich der Ernst der Erörterung unserer Parteibestrebungen wohlwollend mit der lauten Freude des Festes verschmolz. Auch zu Wandersbeck hatte sich die Vereinigung der sozialdemokratischen Fraktionen auf dem Feste praktisch gezeigt, was uns zu der Hoffnung berechtigt, die in ruhiger Entwicklung begriffene Knoche einer Ausdehnung aller nennenswerthen Elemente der Sozialdemokratie Deutschlands baldigst zur Blume erblühen zu sehen.

**Geesendorf, 25. Januar.** Am 24. v. Mts. hielten wir hier eine gut besuchte öffentliche Arbeiterversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Arbeiterpartei und ihre Bestrebungen.“ In's Bureau wurden Unterzeichner als erster, Stoppel als zweiter Vorsitzender und F. Göbels als Schriftführer gewählt. Als Referent war Herr Wilhelm Fried aus Bremen erschienen, und er-

lebte derselbe in einer zweistündigen Rede sein Thema zu Aller Zufriedenheit. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig von der Versammlung angenommen: „Die heute hier tagende Arbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten einverstanden und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Arbeiterpartei in die Schranken zu treten.“ Ferner sprach Hr. Kaufmann, Bevollmächtigter der Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft über das Kontraktbruchgesetz und über die Einführung der Arbeitsbücher unter großem Beifall. Nachdem Unterzeichner zur regen Beteiligung an den wöchentlichen Versammlungen ermahnt hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen, in welches die Versammlung kräftig einstimmt. — Zu bemerken habe ich noch, daß wir in der hiesigen Parteimitgliedschaft keine Kraft haben, welche in einer öffentlichen Volksversammlung referiren kann. Sollte sich an diesem oder jenem Orte vielleicht ein Parteigenosse befinden, welcher fähig dazu ist und Lust hätte, hierher überzusteuern, so möge sich derselbe gefälligst an den Unterzeichneten wenden. — Die hiesigen Sozialdemokraten begrüßen mit Freuden die Vereinigung und rufen allen Sozialdemokraten zu: „Weg mit allem Fraktionshaß! Es lebe die Vereinigung!“

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Aug. Schütt, Vertrauensmann,  
Friedrichstraße beim Gastwirth Gutshow.

**Stuttgart, 28. Januar.** Gestern Abend tagte im Locale des Herrn Gruber (Müller'sche Brauerei) eine zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder beider sozialdemokratischen Fraktionen. Die Tagesordnung lautete: „Die Vereinigung der beiden Fraktionen.“ Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß gegenüber der immer deutlicher zu Tage tretenden Coalition der Gegner (Säbel, Krummstab und Gelsack) und der maßlosen Verfolgung, welcher die Sozialdemokratie überall ausgesetzt ist, es die Pflicht aller Arbeiter sei, gemeinschaftlich und mit aller Energie für ihre Rechte einzutreten. Sie begrüßten die an allen Orten sich kundgebenden Einigkeitsbestrebungen und drückten den Wunsch aus, daß der in Aussicht stehende Congress in Bälde stattfinden, damit um so eher jener unselbige Zwiespalt, welcher schon mehrere Jahre die deutsche Sozialdemokratie in zwei Lager geschieden, sein Ende erreiche. Wenn vereint die Kämpfer für Wahrheit und Recht sich um das Banner der Arbeit geschaart, dann werden auch die, welche bis jetzt sich noch indifferent und theilnahmslos verhalten haben, die Gemeinsamkeit der Interessen einsehend, die Reihen der Arbeiterbataillone vermehren, dann werden wir aber auch um so besser im Stande sein, allen Anstrengungen unserer Gegner die Spitze bieten zu können, mögen dieselben nun in reactionären Gewaltmaßregeln oder in heuchlerisch frommen Phrasen und Drohungen bestehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute in dem Local der Müller'schen Brauerei von den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und den Mitgliedern der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einberufene gemeinschaftliche Versammlung begrüßt mit Freuden die in den beiden Fraktionen gepflogenen Einigkeitsbestrebungen, und hofft, daß dieselben mit dem spätestens bis Pfingsten zusammentretenden Congress ihren endgültigen Abschluß finden. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch ein gemeinschaftlich geschlossenes Vorgehen sämtlicher Arbeiter die Arbeitersache zum Siege gelangen kann, spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß es dem Congress gelingen möge, unter Wahrung des demokratischen Prinzips eine möglichst centralistische Organisation zu gründen.“

Diese Resolution soll zur Veröffentlichung an den „Neuen Sozialdemokrat“, „Volksstaat“ und an die „Süddeutsche Volkszeitung“ geschickt werden.

Stuttgart, 25. Januar 1875.

**August Dreesebach.**

Ein Antrag zur Unterstützung der Genossenschaft wurde ebenfalls angenommen, und ergab die zu dem Zwecke veranstaltete Sammlung die Summe von 8 fl. 21 kr. — Unter dem Wahrspruch:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Noth uns trennen und Gefahr!

wurde kurz nach 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

**Eßlingen.** Die hiesigen Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielten in voriger Woche eine Versammlung ab zum Zweck der Besprechung des Vereinigungsprojekts. Da die Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieses Schrittes von allen Seiten dargelegt wurde, so einigte man sich schließlich auf folgende Resolution:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eßlingen begrüßt mit Freuden die Bestrebungen zur Vereinigung der beiden Fraktionen, da nur durch einig und treues Zusammenhalten die Ziele der Arbeiterpartei verwirklicht werden können.“

Sie beauftragt ihr Bureau, diesen Beschluß im Parteiorgan der Öffentlichkeit zu übergeben.“

**Heidelberg.** Da von gegnerischer Seite soviel über den „Rückgang der Sozialdemokratie“ geschrieben wird, so halten wir es an der Zeit, auch von unserer Mitgliedschaft wieder einmal ein Lebenszeichen zu geben, namentlich da bei uns das Gegentheil zu konstatiren ist. Seit längerer Zeit halten wir wieder regelmäßige Mitglieder-Versammlungen, unterbrochen von öffentlichen Versammlungen ab, und hatten wir die Freude, daß dieselben, obgleich nur hiesige Mitglieder referirten, doch ziemlich gut besucht wurden. Themata, wie: „Was wir wollen!“ „Industrielle und ländliche Arbeiterfrage“ u. s. w. erwießen sich recht anziehend, und haben wir dadurch sowohl frühere Mitglieder wieder angezogen, sowie neue Rekruten gewonnen. Recht erfreulich ist es, zu konstatiren, daß auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich in Folge der angestrebten Vereinigung bei uns einzeichnen ließen. Am 2. Januar referirte Herr Schmidt aus Bergheim über die Sozialdemokratie und ihre Gegner und erhielt bei seinem klaren, leidenschaftslosen Vortrag lebhaften Beifall. Namentlich herzlich wurde die vom Redner betonte bevorstehende Vereinigung aufgenommen. Zum Schluß nahm die Versammlung einstimmig die daraus bezügliche Berliner Resolution an. — Also bei uns heißt es „Vorwärts!“ und so wird es auch hoffentlich auf der ganzen Linie heißen.

J. A.: Feyerabend, Schriftführer.

**Nach dem neuen Posttarif**  
beträgt das Porto für 1) Postkarten 5 Pf. 2) Doppel-Postkarten 10 Pf. 3) Drucksachen bis 50 Gramm 3 Pf., über 50—250 Gramm 10 Pf., von 250—500 Gramm 20 Pf. 4) Waarenproben bis 250 Gramm 10 Pf. 5) Einschreibgebühr (Rekommendationsgebühr) 20 Pf. 6) Postanweisungen bis 100 Mark 20 Pf. 7) Postvorschüsse bis 150 Mark, für jede Mark 2 Pf., mindestens aber 10 Pf. 8) Postaufträge (Postmandate) bis 600 Mark 30 Pf. 9) Lokal- u. Lokal-Land-Briefe, frankierte 5 Pf., unfrankierte 10 Pf. 10) Bestellung der Postsendungen: a. im Postort: Postanweisung 5 Pf., Werthbrief 5 Pf., gewöhnliche Pakete bis 5 Kilo 10 Pf., darüber 15 Pf.;

b) aufs Land: Brief mit Werth 1 Pf. 11) Eilbestellung (Expres) gewöhnlich u. eingeschriebene Briefe im Ort 25 Pf., aufs Land a. Kilometer 10 Pf. 11) Behändigungs-Gebühren von Behörden 10 Pf., von Privaten 20 Pf. 13) Jährliches Zeitungs-Bestellgeld: bei wöchentlich 1 maligem Erscheinen 60 Pf., bei wöchentlich 2—3 maligem Erscheinen 1 Mark, bei wöchentlich 4—6 maligem Erscheinen 1 Mark 60 Pf., bei täglich 2 maligem Erscheinen 2 Mark, Bestellgeld für amtliche Verordnungsblätter 60 Pf.

**Namensaufruf!**

In Sachen der Expedition schulden auf wiederholte Mahnung, Antwort oder genügenden Bescheid:

- E. Lämmerhirt, Gotha. Sauertrig, Gotha. Mitgliedschaft, Darmstadt. Mitgliedschaft, Pforzheim. Ps. Müller, Mainz. Mitgliedschaft, Mainz. G. Kraus, München. A. Hüstermann, Alsted. Febr. Baum, Schwäbisch-Gmünd. Mitgliedschaft, Hohenheim-Einsthal. Tz. Jungbans, Witten. Liebs, Grimma. F. Beykopf, Hannover. Frau Schieffler, Dresden. Volkstote, Dresden. Mitgliedschaft, Kpolda. Mitgliedschaft, Hannover. Holzwarth, Berlin. Michael Seischa, Nürnberg. W. Fink, Berlin. Job. Mühlentock, Essen a. d. Ruhr. Mitgliedschaft, Regensburg. Barowski, Putzmaier, Eisenach. A. R. Schulz, Charlottenburg. Th. Rath, Frankfurt a. M. J. S. Weise, Grimma. P. Müllig, Offenbach a. M. Anton Grunert, Reutlingen b. Chemnitz. Louis Schmidt, Prag. Febr. Dertel, Leipzig (Kochingstraße). Carl Thierbach, Randsdorf. C. A. Köndner, Chicago. Schäfer und Lanfermann, Chicago. Müller, Kallbrennereipolier, Reilich. G. Herzog, Waler, Pögned. Kaiser, Lischer, Hamburg. Fahrenstein der Musikinstrumentenmacher, Wien. Vinzenz Renner, Währisch Schönberg. Ed. Hartmann, Währisch Schönberg. Stephan Deckmann, Steinamanger i. Ungarn. (Forst. f.)

Einige Beschwerden gegen den Namensaufruf sind direct an den Parteiaussschuß nach Hamburg (3. Auer, Pferdemarkt 46, 4 Tr.) zu adressiren. Einfacher Namensaufruf erfolgt dreimal, dann das Weitere. Alle Parteigenossen, Vertrauensmänner u. s. sind dringend gebeten, dem Namensaufruf zur Kenntniß der Genannten zu bringen.

Leipzig, Anfang Februar 1875.

(3a) Die Expedition des „Volksstaat“  
Zelberstraße 44.

**Quittung.**

Für die ausgefertigten Braunschweiger Cigarrenarbeiter gingen bei Unterzeichnetem ferner ein: Aus Stade von den Tischlern durch E. Wiltstade Mark 12,35, aus Gotha durch W. Bod von der Holz-, Maurer- und Schuhmachergewerkschaft 10,00, aus Berlin durch E. Bernstein vom Arbeiterverein der Sozialdemokratie 7,25, aus Leipzig durch Peter Reeb 3,00, aus Verden durch R. Glinter von der Holzarbeitergewerkschaft 4,25, aus Oertrich durch Arnold gesammelt im Arbeiterverein 6,00, aus Wandersbeck durch G. Hansen von den Mourren 37,00, aus Regensburg von Papeste 5,14, aus Eßlingen von den Metallarbeitern d. R. Bernmuth 6,00, aus Erfurt v. d. Holzarbeitergewerkschaft, v. J. Radolp 15,00, aus pr. Minden d. B. Sieber 21,00, aus Reichenbach d. E. Wolf 15,00, aus Chemnitz von den Buchdruckern d. Friedr. Bönel 15,00, aus Leipzig von den Buchdruckern d. J. Reabstler (2. Seid.) 125,28, aus Mainz von der Holzarbeitergewerkschaft d. Jakob Busch 10,28, aus Waldenburg i. Schl. von dem deutschen Buchdruckerverband d. Ressel 9,00. Weitere Gaben werden mit Dank entgegengenommen.

Louis Färber, Kassirer, Wendenstr. 46.

**Briefkasten**

der Redaktion. S. in Hainichen: Raumangel ist schuld an der Verzögerung.

**Quittung**

der Expedition. Für Druck von R. in Eßlingen 64,85. Wetz. Feilberg Schr. 2,30. Öffing hier Ab. 1,60. Müller hier Schr. 2,20. Köpff Hannover Ann. 1,50. Rhl. Kirchsbaum Schr. 6,00. Bgl. Siedler hier Ab. 3,00. Staatliches Bureau Berlin Schr. 5,75. Griffl. Läder Schr. 5,13. Ad. Würzburg Schr. 22,52; wir werden die Angelegenheit reguliren. J. Thms. Reckmet Ab. 2,50, Schr. 2,60. August Magdeburg Schr. 0,50. Metallarbeitergew. hier Ann. 2,30. Stymann Erfurt Schr. 6,00. Arbeiter. Eßlingen Ann. 1,75. Eßlingen Eßlingen Ab. 17,70. Fedm. Belgrad Schr. 9,90. Schr. Lindenau Ab. 14,4. S. Mloc. Kragujewag Ab. 4,50. Rev. Mühlhansen Schr. 0,70. Sitz hier Ab. 0,60. Böhm hier Schr. 2,22. Kirschnerverband hier Ann. 1,00. Bösch hier Ab. 7,00. Klemperer und Bernusgen. Hamburg Ann. 0,40.

**Fond für Genossenschaft.**

Von Dr. L. hier 0,50, v. Dr. T. hier 0,50, v. J. Rehm hier 45,00.

**Für die Hinterbliebenen Nord's.**

Von J. Rehm hier 35,00, v. dem Personal der Genossenschaftsbuchdruckerei hier 7,75.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**

Antheilscheine bez. Antheilsquittungen ertheilen ferner: In Eßlingen W. Rühl 3,00, W. Dbl 3,00, W. M. 3,00, W. R. 3,00, A. Rgnld 3,00, E. A. 12,00, F. S. 3,00, F. R. 3,00, in Nürnberg G. B. 300,00. Obliq. [40]

**Anzeigen 2c.**

**Augsburg** Sozialdemokratischer Verein.

Sonntag, den 6. Februar: **Generalversammlung und Auswahlwahl.**

Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Aussch. [40]

**Berlin** Wahlverein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Sonntag, den 7. Februar, Vormittags 10 Uhr präcise: **Große öffentliche Versammlung** im Locale des Herrn Oskereen, Sophienstr. 15. — L.-D.: Die Geschichte der Arbeiterbewegung von Lassalle. Referent: Reichstagsabgeordneter Weid.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein. Der Vorstand.

Der Vortrag findet ganz bestimmt statt. [70]

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein.

Donnerstag, den 4. Februar, Abends halb 9 Uhr bei Jakob, Rosenthalgasse, im Winterzimmer. — Tagesordn.: Soz.-pol. Wochenbericht, Ref. Kamm. Fragelasten.

Gäste willkommen. Der Vorstand. [5]

Montag, den 8. Februar, von Abends 7 Uhr an:

**Stiftungsfest des „Arbeitervereins“ zu Gohlis**

in der „Oberschenke“, bestehend in musikalischen und deklamatorischen Vorträgen und Tanz. Festrede vom Reichstagsabgeordneten J. Kotteler. Die Parteigenossen sind hierdurch freundlich eingeladen.

NB. Liederbücher nicht vergessen. D. B. [175]

**Hamburg** Verband der Klemperer und verwandten Berufsgenossen.

Sonabend, den 6. Februar, Abends halb 9 Uhr: **Geschlossene Mitgliederversammlung** bei Herrn Eckardt, Schoppensteck Nr. 22. — L.-D.: Innere Vereinsangelegenheiten.

L. Stoffel, Bev. [50]

J. Obermann, früher in Revisges jetzt angeblich in Erfeld, wird aufgefordert, seine Adresse sofort hierher zu senden. Parteigenossen, die davon Kenntniß haben, bitten wir um Vermittelung.

Leipzig, 27. Jan. 1875. Expedition des „Volksstaat.“

**Photographien von Theodor Nord**

in Bistenartenformat  
a 25 Pfennige das Stück, zwei Duzend zu 5 Rmk. gegen baar.  
sind von heute an zu beziehen von der  
Buchhandlung des „Volksstaat.“

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.  
Redaktion Hobestraße 4, Expedition Zelberstraße 44, in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.